



AFRIKA/GUINEA BISSAU - Putschisten und Parteien unterzeichnen Vereinbarungen für die Übergangszeit: internationale Staatengemeinschaft und einheimischen Bevölkerung lehnen sie ab

Bissau (Fidesdienst) – Seit dem 17. April darf der katholische Radiosender „Sol Mansi“ seine Programme wieder ausstrahlen. „Die Militärjunta erteilte eine entsprechende Genehmigung an private Radiosender, darunter auch das unsere“, so der Leiter von „Radio Sol Mansi“, P. Davide Sciocco, der als Missionar des Päpstlichen Instituts für die Außenmissionen (PIME) seit vielen Jahren in Guinea Bissau lebt.

Eine Lösung Krise, zu der es in dem afrikanischen Land nach dem Militärputsch am 12. April kam, scheint nicht einfach zu sein. „Momentan scheint die Gefahr eines erneuten Ausbruchs der Gewalt zwar gebannt, aber auf politischer Ebene ist die Lage äußerst kompliziert“, so der Missionar. Am 19. April hatten Vertreter von 25 politischen Parteien mit den Putschisten ein Abkommen über eine zweijährige Übergangszeit unterzeichnet. Das Parlament wurde aufgelöst, der Premierminister und die Regierung ihres Amtes enthoben. Unterdessen wurde ein „Übergangsrat“ ernannt, der als erste Amtshandlung die Ernennung von Manuel Serifo Nhamadj zum Übergangspräsidenten vornahm. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft, die im Vorfeld ein anderes Abkommen mit den Putschisten unterzeichnete, bezeichnete diese Handlung als verfassungswidrig.

„Die Mehrheit der Einwohner lehnen die Übergangsvereinbarungen ab. Gestern luden die Putschisten Religionsvertreter (darunter auch der Bischof von Bissau) zu Gesprächen ein und baten um Mitarbeit bei Aufklärung der Bevölkerung über die Gründe des Staatsstreichs. Doch die Menschen verstehen diese Gründe nicht, so dass es zu einer Spaltung zwischen Militärs und Politikern auf der einen und der Bevölkerung auf der anderen kam“, so P. Sciocco abschließend.

Unterdessen hat die Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder, der Guinea Bissau angehört, den UN-Sicherheitsrat um die Entsendung von Friedenstruppen in das Land und im internationale Sanktionen zur „Wiederherstellung der von der Verfassung vorgesehenen Ordnung“ gebeten. Außerdem soll die Freilassung der von den Putschisten verhafteten politischen Führungskräfte (darunter der ehemalige Premierminister) veranlasst werden. (LM) (Fidesdienst, 20/04/2012)